

Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2013 · 52:287
 DOI 10.1007/s00120-013-3137-1
 © Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2013

Redaktion

W. Bühmann, Wenningstedt/Sylt

+++ URO-Telegramm +++

70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt

Mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Dies teilte das Statistische Bundesamt heute in Wiesbaden mit. Demnach wurden im Dezember 2011 mit 1,76 Millionen Pflegebedürftigen 70 Prozent der 2,50 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland zu Hause versorgt. Davon erhielten 1,18 Millionen ausschließlich Pflegegeld. Sie wurden in der Regel allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 576.000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten, gepflegt wurden sie jedoch zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. In Pflegeheimen wurden mit 743.000 Pflegebedürftigen 30 Prozent vollstationär betreut. Mit 65 Prozent war die Mehrheit der Pflegebedürftigen weiblich. 83 Prozent der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter. Mit 36 Prozent war mehr als ein Drittel über 85 Jahre alt.

© dapd/aerzteblatt.de



Fakultätentag wehrt sich gegen Verkürzung des Medizinstudiums

In Europa droht eine Verkürzung der Mindestzeit für das Medizinstudium: Der federführende sogenannte Binnenmarktausschuss des Europaparlaments hat sich Ende Januar für eine entsprechende Regelung ausgesprochen. Im Juni soll das EU-Parlament sie annehmen. „Brüssel scheidet mit dem Vorschlag nicht nur der Ärzteausbildung und damit den Patienten, sondern auch der europäischen Idee, wenn die Standards abgesenkt werden“, kommentierte

Heyo Kroemer, Präsident des Medizinischen Fakultätentages (MFT), diese Vorschläge.

„Für die ärztliche Ausbildung ist es auch entscheidend, dass Studierende während ihres Studiums genügend Zeit zur Reflexion und zur persönlichen Weiterentwicklung haben“, ergänzte Rüdiger Strehl, Generalsekretär des Verbands der Universitätsklinika. Kroemer warnte „vor einer starken Verdichtung in der Lehre“ mit Auswirkungen auf die Ausbildungsqualität und vor einer sozialen Selektion.

Der MFT hofft jetzt auf den Ministerpräsidenten. Diesem gehören die jeweiligen Fachminister der Mitgliedstaaten an. „Sie dürften besser abschätzen können, welche einschneidenden Folgen die scheinbar nur redaktionelle Änderung in dem Entwurf hätte“, hieß es aus dem Fakultätentag.

© hil/aerzteblatt.de



Neuer EBM 2013

Offenbar ist es dieses Jahr wieder so weit: Der EBM wird reformiert. Vermutlich für die 2. Jahreshälfte steht eine substantielle Neuordnung des Abrechnungskataloges ins Haus. Wesentliches Merkmal dürfte nach bisher vorliegenden Informationen die Trennung von hausärztlicher und fachärztlicher Abrechnung sein. Die Ärzteschaft dürfte nach dem Versorgungsebenenmodell der KBV (s.o.) in Grundversorger und in Spezialversorger aufgeteilt werden. Honorarstatistiken der KBV legen nahe, dass sich in den letzten Jahren die Honorarschere zwischen fachärztlichen Grundversorgern und Spezialversorgern weit geöffnet hat. Nach Angaben der KBV lag der durchschnittliche Jahresüberschuss der rund 50.000 fachärztlichen Grundver-

sorger bei rund € 110.000, der Überschuss der rund 4.000 fachärztlichen Spezialversorger hingegen bei durchschnittlich rund € 207.000 pro Jahr. Zu den Grundversorgern zählen gemäß Versorgungsebenenmodell der KBV u.a. die folgenden Fachgruppen:

- Augenärzte
- Chirurgen
- Frauenärzte
- Hautärzte
- HNO-Ärzte
- Nervenärzte
- Orthopäden
- Psychotherapeuten
- Urologen

Für diese (und einige weitere) Fachgruppen ist eine zusätzliche Abrechnungsziffer, die „Pauschale für die fachärztliche Grundversorgung“ geplant. Die Höhe der Pauschale, die pro Patient außerhalb des RLV bezahlt wird, schwankt für die oben aufgeführten Fachgruppen zwischen € 2,50 und € 6. Dies entspricht einer Honorarerhöhung zwischen 3% und 5% bezogen auf das bisherige KV-Honorar. Bezahlt wird diese neue Pauschale aus der morbiditätsbezogenen Gesamtvergütung. Die Gegenfinanzierung erfolgt einerseits über Einsparungen in anderen Bereichen, andererseits über zusätzliche Zahlungen der Krankenkassen.



Viele Ärzte verzichten wegen Rechtsrisiken auf eigene Website

Knapp die Hälfte (47,5 Prozent) der niedergelassenen Ärzte in Deutschland besitzt keine eigene Praxis-Website. Das ist ein Ergebnis der Studie „Ärzte im Zukunftsmarkt Gesundheit 2012“ der Stiftung Gesundheit. Demnach hält mehr als die Hälfte (52,5 Prozent) der niedergelassenen Ärzte ohne Praxis-Website Werbung im Internet für überflüssig, fast jeder vierte verzichtet aufgrund „zu vieler rechtlicher Unsicherheiten“ auf eine

Homepage. Dabei hatten 90 Prozent der Ärzte, die eine Praxis-Homepage besitzen, erklärt, noch nie eine Abmahnung wegen eines mutmaßlichen Rechtsverstößes ihrer Website erhalten zu haben. 8,7 Prozent wurden einmal abgemahnt, 0,5 Prozent bereits mehrfach.

Insgesamt zeigte sich die Stiftung Gesundheit überrascht, dass ein Großteil der Ärzte von der Entwicklung einer eigenen Homepage absieht: „Die Zahl qualifizierter Anbieter ist hoch, die Kosten sind vergleichsweise niedrig und letztlich kann ein Verweis auf rechtliche Gründe vielfach auch als ein Ausdruck von Unwillen gegenüber dem Medium „Internet“ interpretiert werden“, heißt es in der Studie.

© hil/aerzteblatt.de